

Annoncen  
Annahme-Bureau.  
In Posen außer in der  
Expedition dieser Zeitung  
(Wilhelmsstr. 17)  
bei C. H. Ulrich & Co.  
Breitestraße 14.  
In Gnesen bei Th. Spindler,  
in Grätz bei L. Streisand,  
in Merseburg bei Ph. Matthis.

# Posener Zeitung.

Neunundachtzigster Jahrgang.

Nr. 269.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen aus Postanstalten des Deutschen Reiches an.

Montag, 17. April.

Unterste 20 Pf. die schmal gesetzte Zeitzeile oder deren Raum, welchen verhältnismäßig höher sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1882.

## Amtliches.

Berlin, 15. April. Der König hat den Geheimen Regierungsrath Dr. Hever zum vortragenden Rath im Ministerium des Innern ernannt.

Am Gymnasium zu Anklam ist der ordentliche Lehrer Dr. Buth zum Oberlehrer befördert worden. Der ordentliche Lehrer am Domgymnasium zu Halberstadt Dr. Scheibe ist zum Oberlehrer an derselben Anstalt ernannt worden. Der ordentliche Seminarlehrer Döllin und der Seminar-Hilfslehrer Rogowski zu Angerburg sind an das Schullehrer-Seminar in Ragnit versetzt.

Vorlest sind: der Landgerichtsrath Müller in Essen als Amtsgerichtsrath und der Amtsrichter Freyse in Steele an das Amtsgericht in Bodum, der Amtsrichter Steinhausen in Oderberg an das Amtsgericht in Meyenburg, der Amtsrichter Niemir in Meyenburg an das Amtsgericht in Oderberg, der Amtsrichter Lerche in Gosinn an das Amtsgericht in Tremessen und der Amtsrichter Sperling in Kottbus an das Amtsgericht in Posen. Die Stelle bei dem Landgericht in Essen wird nicht wieder besetzt. In der Liste der Rechtsanwälte sind gelöscht: der Rechtsanwalt Justizrat Kolbe in Züllichau bei dem Landgericht in Guben, der Rechtsanwalt Düdell bei dem Oberlandesgericht in Celle und der Rechtsanwalt von Traxla bei dem Landgericht in Ostritz. In die Liste der Rechtsanwälte sind eingetragen: der Gerichts-Assessor Wolff bei dem Landgericht in Lissa, der Gerichts-Assessor Becker bei dem Landgericht in Torgau, der Gerichts-Assessor Dr. Primo bei dem Landgericht in Stettin und der Gerichts-Assessor Dr. Soest bei dem Amtsgericht in Luckenwalde.

Die bisherigen Geheimen Kanzlei-Assistenten Ruhnke und Schöber sind zu Geheimen Kanzlei-Sekretären ernannt worden.

Der Bergassessor Gräßl ist zum Berginspektor auf der fiskalischen Grube Dudweiler-Jägersfreude bei Saarbrücken ernannt worden.

Das Reichskammergerichtsarchiv zu Wesel ist in ein Staatsarchiv umgewandelt und der bisher mit der kommissarischen Verwaltung desselben betraut gewesene Archivar Dr. phil. Endrulat von Düsseldorf nach Wesel versetzt, zum Staatsarchivar ernannt und mit den Geschäften des Vorsteigers bei dem neuen Staatsarchiv beauftragt worden. Der Archivsekretär Dr. phil. Pfeiffer bei dem Staatsarchiv in Breslau ist zum Archivar ernannt, und der Archiv-Assistent Dr. phil. de Boor in Münster als Archivsekretär bei dem Staatsarchiv dasselbe angeföhrt worden.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht das Gesetz, betreffend die Verwendung der Jahresüberschüsse der Verwaltung der Eisenbahnangelegenheiten, vom 27. März 1882.

## Politische Uebersicht.

Posen, den 17. April.

Die Verordnung, welche den Reichstag auf den 27. d. M. einberuft, ist am Sonnabend vom „Reichsanzeiger“ veröffentlicht. Besondere Freude wird niemand an dieser aus äußeren und inneren Gründen voraussichtlich recht unersprießlichen Session haben, deren Geschäfte unseres Erachtens recht wohl noch um ein paar Monate, bis zur regelmäßigen nächsten Herbstsession, hätten verschoben werden können. Indessen der Reichskanzler will nun einmal die Entscheidung über das Tabakmonopol unverzüglich haben. Angeföhrt des nahen Termins der Reichstagseröffnung kann man nur wünschen, daß das Abgeordnetenhaus seine Geschäfte so rasch wie irgend möglich abwickelt, um den unerträglichen Zustand des gleichzeitigen Tages der beiden Körperschaften auf die kürzeste Zeit zu beschränken. Wann es möglich sein wird, diese ganze parlamentarische Saison zu schließen, daran kann man bei dem großen, dem Reichstag okklegenden Arbeitsstoff nur mit Bekommlichkeit denken.

Im Bundesrat ist das Referat über das Tabakmonopol von den Ausschüssen für Zölle und Steuern, Handel und Verkehr und Rechnungswesen dem großherzoglich sächsischen Geh. Finanzrath Heerwart, das Referat über Unfallversicherung, Krankenkassen und Änderung der Gewerbe-Ordnung dem bayrischen Ministerialrath Herrmann übertragen.

In wieweilen die eventuellen Beschlüsse des Volkswirthschaftsraths bei der Neuarbeitung des Gesetzes vorliegen, wird berücksichtigt worden, läßt sich noch nicht übersehen. Der Vorschlag, die Feststellung der Bezirke, in denen Tabak, natürlich unter der dem Reichskanzler vorbehalteten Beschränkung gepflanzt werden darf, nicht in das Gesetz aufzunehmen, sondern den Bundesregierungen vorzubehalten, enthält nicht nur eine Konzession an die partikularistischen Gelüste, sondern auch eine positive Benachtheiligung derjenigen Bezirke, deren Boden sich als für den Tabaksbau besonders geeignet erwiesen hat. Je größer die Zahl der Anbaubezirke ist, um so geringer ist der Anteil der einzelnen an der Lieferung des jährlichen Bedarfs der Monopolverwaltung. Der Verbesserungsvorschlag setzt eine Prämie auf die Produktion geringwertiger Tabake.

Für die von den Mitgliedern der liberalen Vereinigung des Reichstags und des preußischen Abgeordnetenhauses in Aussicht genommene Versammlung der Vertreutensmänner, welche am 6. Mai zu Berlin in den Reichshallen stattfindet, ist vorläufig folgende Tagesordnung festgesetzt: 1) Die politische Lage und die Aufgaben der Liberalen; 2) Organisation für die bevorstehenden Wahlen; 3) Ver-

handlung über die eingegangenen Anträge. In der von dem Abgeordneten für Danzig, Herrn Rickert, im Auftrage der in Berlin anwesenden Mitglieder des Reichstags und des Abgeordnetenhauses veranlaßten Einladung zu der Versammlung wird es als sehr erwünscht bezeichnet, daß möglichst aus allen Theilen Deutschlands Vertreutensmänner der Wahlkreise sich bei der Verhandlung beteiligen. Mehr denn je sei es heute erforderlich, daß die liberalen Mitglieder der Volksvertretungen im Reich und in den Einzelstaaten mit den Männern, welche die Bewegung in den einzelnen Wahlkreisen leiten, in eine engere Verbindung treten und mit ihnen zur Verständigung über ein gemeinsames Vorgehen in den wichtigsten schwierigen Fragen gelangen. Nach den bisher eingegangenen Erklärungen steht eine lebhafte Beteiligung an der Versammlung in Aussicht.

Nicht bloß in Fulda wird das während des Kuratorium geschlossene Knabeneminar wieder eröffnet. Auch in Breslau ist man bereits mit den Vorbereitungen beschäftigt, um das Gebäude des dortigen Seminars, als dessen Leiter Kanonikus Dr. Küntz lange Jahre hindurch gewirkt hat, wieder seinem früheren Zweck zu übergeben.

Die „Nordde. Allg. Ztg.“ reproduziert an erster Stelle ihrer Journal-Revue einen Artikel der Wiener „Presse“, der unter der sensationellen Überschrift: „Eine deutsche Plimhoff-Affaire zu Land“ den Prozeß Ranke vor dem Landgericht zu Frankfurt bespricht. Der Sachverhalt ist in Kürze der: Der Fabrikbesitzer Ranke hatte den Arbeiter Maurer gegen Unfall versichert, weigerte sich aber, nachdem der Unfall eingetreten, dem Arbeiter die von der Versicherungsgesellschaft an den Fabrikbesitzer gezahlte Entschädigungssumme auszuhändigen. Amtsgericht und Landgericht aber verurteilten den Fabrikbesitzer, die Entschädigungssumme an den Arbeiter abzuführen. Die Wiener „Presse“ knüpft an diesen allerdings standlosen Fall die Bemerkung: „Mag der heutige Reichstag das Unfallversicherungsgesetz verwerten, die Zukunft gehört den Reformplänen des Kanzlers und dem Eingreifen des Staates in die Spekulation. Der deutsche Liberalismus mag sich vorsehen, daß das Rad der Zeit nicht über ihn hinweggeht.“ Die Naivität, den deutschen Liberalismus für den Fall Ranke verantwortlich zu machen, ist bei einem Wiener Blatte allerdings verzeihlich; indessen hätte selbst die Wiener „Presse“ sich sagen können, daß das Urtheil des Landgerichts den Beweis für die Entbehrlichkeit einer Gesetzesänderung liefert. Aber selbst, wenn das bestehende Gesetz ohnmächtig gewesen wäre, den Missbrauch der Versicherung zu hindern, so hätte wenigstens die „Nordde. Allg. Ztg.“, wenn es ihr nicht lediglich um die Verhöhnung des Hasses gegen den Liberalismus zu thun gewesen wäre, sich erinnern müssen, daß auch schon das in der letzten Reichstagssession von den Liberalen eingebrachte Gesetz wegen Versicherung der Arbeiter gegen Unfälle Prozeß, wie dem in Rede stehenden, unmöglich machen würde. Dem Liberalismus mit dem „Rad der Zeit“ zu drohen, lag also keine Veranlassung vor.

Gambetta und seine Freunde haben einen neuen Erfolg zu verzeichnen. Vor einigen Wochen hatte sich, wie die „Post“ berichtet, ein großes Syndikat gambettistischer Bankiers gebildet, an dessen Spitze Reinach und Weil-Picard, bekannt durch den Anlauf des seiner Zeit in der tunesischen Affäre vielgenannten Dossier Bokhos, standen, um durch den Anlauf von Aktien eine Reihe von antigambettistischen Journale zu verhindern. Vor einigen Wochen hatte sich, wie die „Post“ berichtet, ein großes Syndikat gambettistischer Bankiers gebildet, an dessen Spitze Reinach und Weil-Picard, bekannt durch den Anlauf des seiner Zeit in der tunesischen Affäre vielgenannten Dossier Bokhos, standen, um durch den Anlauf von Aktien eine Reihe von antigambettistischen Journale zu verhindern. Vor einigen Wochen hatte sich, wie die „Post“ berichtet, ein großes Syndikat gambettistischer Bankiers gebildet, an dessen Spitze Reinach und Weil-Picard, bekannt durch den Anlauf des seiner Zeit in der tunesischen Affäre vielgenannten Dossier Bokhos, standen, um durch den Anlauf von Aktien eine Reihe von antigambettistischen Journale zu verhindern. Vor einigen Wochen hatte sich, wie die „Post“ berichtet, ein großes Syndikat gambettistischer Bankiers gebildet, an dessen Spitze Reinach und Weil-Picard, bekannt durch den Anlauf des seiner Zeit in der tunesischen Affäre vielgenannten Dossier Bokhos, standen, um durch den Anlauf von Aktien eine Reihe von antigambettistischen Journale zu verhindern. Vor einigen Wochen hatte sich, wie die „Post“ berichtet, ein großes Syndikat gambettistischer Bankiers gebildet, an dessen Spitze Reinach und Weil-Picard, bekannt durch den Anlauf des seiner Zeit in der tunesischen Affäre vielgenannten Dossier Bokhos, standen, um durch den Anlauf von Aktien eine Reihe von antigambettistischen Journale zu verhindern. Vor einigen Wochen hatte sich, wie die „Post“ berichtet, ein großes Syndikat gambettistischer Bankiers gebildet, an dessen Spitze Reinach und Weil-Picard, bekannt durch den Anlauf des seiner Zeit in der tunesischen Affäre vielgenannten Dossier Bokhos, standen, um durch den Anlauf von Aktien eine Reihe von antigambettistischen Journale zu verhindern. Vor einigen Wochen hatte sich, wie die „Post“ berichtet, ein großes Syndikat gambettistischer Bankiers gebildet, an dessen Spitze Reinach und Weil-Picard, bekannt durch den Anlauf des seiner Zeit in der tunesischen Affäre vielgenannten Dossier Bokhos, standen, um durch den Anlauf von Aktien eine Reihe von antigambettistischen Journale zu verhindern. Vor einigen Wochen hatte sich, wie die „Post“ berichtet, ein großes Syndikat gambettistischer Bankiers gebildet, an dessen Spitze Reinach und Weil-Picard, bekannt durch den Anlauf des seiner Zeit in der tunesischen Affäre vielgenannten Dossier Bokhos, standen, um durch den Anlauf von Aktien eine Reihe von antigambettistischen Journale zu verhindern. Vor einigen Wochen hatte sich, wie die „Post“ berichtet, ein großes Syndikat gambettistischer Bankiers gebildet, an dessen Spitze Reinach und Weil-Picard, bekannt durch den Anlauf des seiner Zeit in der tunesischen Affäre vielgenannten Dossier Bokhos, standen, um durch den Anlauf von Aktien eine Reihe von antigambettistischen Journale zu verhindern. Vor einigen Wochen hatte sich, wie die „Post“ berichtet, ein großes Syndikat gambettistischer Bankiers gebildet, an dessen Spitze Reinach und Weil-Picard, bekannt durch den Anlauf des seiner Zeit in der tunesischen Affäre vielgenannten Dossier Bokhos, standen, um durch den Anlauf von Aktien eine Reihe von antigambettistischen Journale zu verhindern. Vor einigen Wochen hatte sich, wie die „Post“ berichtet, ein großes Syndikat gambettistischer Bankiers gebildet, an dessen Spitze Reinach und Weil-Picard, bekannt durch den Anlauf des seiner Zeit in der tunesischen Affäre vielgenannten Dossier Bokhos, standen, um durch den Anlauf von Aktien eine Reihe von antigambettistischen Journale zu verhindern. Vor einigen Wochen hatte sich, wie die „Post“ berichtet, ein großes Syndikat gambettistischer Bankiers gebildet, an dessen Spitze Reinach und Weil-Picard, bekannt durch den Anlauf des seiner Zeit in der tunesischen Affäre vielgenannten Dossier Bokhos, standen, um durch den Anlauf von Aktien eine Reihe von antigambettistischen Journale zu verhindern. Vor einigen Wochen hatte sich, wie die „Post“ berichtet, ein großes Syndikat gambettistischer Bankiers gebildet, an dessen Spitze Reinach und Weil-Picard, bekannt durch den Anlauf des seiner Zeit in der tunesischen Affäre vielgenannten Dossier Bokhos, standen, um durch den Anlauf von Aktien eine Reihe von antigambettistischen Journale zu verhindern. Vor einigen Wochen hatte sich, wie die „Post“ berichtet, ein großes Syndikat gambettistischer Bankiers gebildet, an dessen Spitze Reinach und Weil-Picard, bekannt durch den Anlauf des seiner Zeit in der tunesischen Affäre vielgenannten Dossier Bokhos, standen, um durch den Anlauf von Aktien eine Reihe von antigambettistischen Journale zu verhindern. Vor einigen Wochen hatte sich, wie die „Post“ berichtet, ein großes Syndikat gambettistischer Bankiers gebildet, an dessen Spitze Reinach und Weil-Picard, bekannt durch den Anlauf des seiner Zeit in der tunesischen Affäre vielgenannten Dossier Bokhos, standen, um durch den Anlauf von Aktien eine Reihe von antigambettistischen Journale zu verhindern. Vor einigen Wochen hatte sich, wie die „Post“ berichtet, ein großes Syndikat gambettistischer Bankiers gebildet, an dessen Spitze Reinach und Weil-Picard, bekannt durch den Anlauf des seiner Zeit in der tunesischen Affäre vielgenannten Dossier Bokhos, standen, um durch den Anlauf von Aktien eine Reihe von antigambettistischen Journale zu verhindern. Vor einigen Wochen hatte sich, wie die „Post“ berichtet, ein großes Syndikat gambettistischer Bankiers gebildet, an dessen Spitze Reinach und Weil-Picard, bekannt durch den Anlauf des seiner Zeit in der tunesischen Affäre vielgenannten Dossier Bokhos, standen, um durch den Anlauf von Aktien eine Reihe von antigambettistischen Journale zu verhindern. Vor einigen Wochen hatte sich, wie die „Post“ berichtet, ein großes Syndikat gambettistischer Bankiers gebildet, an dessen Spitze Reinach und Weil-Picard, bekannt durch den Anlauf des seiner Zeit in der tunesischen Affäre vielgenannten Dossier Bokhos, standen, um durch den Anlauf von Aktien eine Reihe von antigambettistischen Journale zu verhindern. Vor einigen Wochen hatte sich, wie die „Post“ berichtet, ein großes Syndikat gambettistischer Bankiers gebildet, an dessen Spitze Reinach und Weil-Picard, bekannt durch den Anlauf des seiner Zeit in der tunesischen Affäre vielgenannten Dossier Bokhos, standen, um durch den Anlauf von Aktien eine Reihe von antigambettistischen Journale zu verhindern. Vor einigen Wochen hatte sich, wie die „Post“ berichtet, ein großes Syndikat gambettistischer Bankiers gebildet, an dessen Spitze Reinach und Weil-Picard, bekannt durch den Anlauf des seiner Zeit in der tunesischen Affäre vielgenannten Dossier Bokhos, standen, um durch den Anlauf von Aktien eine Reihe von antigambettistischen Journale zu verhindern. Vor einigen Wochen hatte sich, wie die „Post“ berichtet, ein großes Syndikat gambettistischer Bankiers gebildet, an dessen Spitze Reinach und Weil-Picard, bekannt durch den Anlauf des seiner Zeit in der tunesischen Affäre vielgenannten Dossier Bokhos, standen, um durch den Anlauf von Aktien eine Reihe von antigambettistischen Journale zu verhindern. Vor einigen Wochen hatte sich, wie die „Post“ berichtet, ein großes Syndikat gambettistischer Bankiers gebildet, an dessen Spitze Reinach und Weil-Picard, bekannt durch den Anlauf des seiner Zeit in der tunesischen Affäre vielgenannten Dossier Bokhos, standen, um durch den Anlauf von Aktien eine Reihe von antigambettistischen Journale zu verhindern. Vor einigen Wochen hatte sich, wie die „Post“ berichtet, ein großes Syndikat gambettistischer Bankiers gebildet, an dessen Spitze Reinach und Weil-Picard, bekannt durch den Anlauf des seiner Zeit in der tunesischen Affäre vielgenannten Dossier Bokhos, standen, um durch den Anlauf von Aktien eine Reihe von antigambettistischen Journale zu verhindern. Vor einigen Wochen hatte sich, wie die „Post“ berichtet, ein großes Syndikat gambettistischer Bankiers gebildet, an dessen Spitze Reinach und Weil-Picard, bekannt durch den Anlauf des seiner Zeit in der tunesischen Affäre vielgenannten Dossier Bokhos, standen, um durch den Anlauf von Aktien eine Reihe von antigambettistischen Journale zu verhindern. Vor einigen Wochen hatte sich, wie die „Post“ berichtet, ein großes Syndikat gambettistischer Bankiers gebildet, an dessen Spitze Reinach und Weil-Picard, bekannt durch den Anlauf des seiner Zeit in der tunesischen Affäre vielgenannten Dossier Bokhos, standen, um durch den Anlauf von Aktien eine Reihe von antigambettistischen Journale zu verhindern. Vor einigen Wochen hatte sich, wie die „Post“ berichtet, ein großes Syndikat gambettistischer Bankiers gebildet, an dessen Spitze Reinach und Weil-Picard, bekannt durch den Anlauf des seiner Zeit in der tunesischen Affäre vielgenannten Dossier Bokhos, standen, um durch den Anlauf von Aktien eine Reihe von antigambettistischen Journale zu verhindern. Vor einigen Wochen hatte sich, wie die „Post“ berichtet, ein großes Syndikat gambettistischer Bankiers gebildet, an dessen Spitze Reinach und Weil-Picard, bekannt durch den Anlauf des seiner Zeit in der tunesischen Affäre vielgenannten Dossier Bokhos, standen, um durch den Anlauf von Aktien eine Reihe von antigambettistischen Journale zu verhindern. Vor einigen Wochen hatte sich, wie die „Post“ berichtet, ein großes Syndikat gambettistischer Bankiers gebildet, an dessen Spitze Reinach und Weil-Picard, bekannt durch den Anlauf des seiner Zeit in der tunesischen Affäre vielgenannten Dossier Bokhos, standen, um durch den Anlauf von Aktien eine Reihe von antigambettistischen Journale zu verhindern. Vor einigen Wochen hatte sich, wie die „Post“ berichtet, ein großes Syndikat gambettistischer Bankiers gebildet, an dessen Spitze Reinach und Weil-Picard, bekannt durch den Anlauf des seiner Zeit in der tunesischen Affäre vielgenannten Dossier Bokhos, standen, um durch den Anlauf von Aktien eine Reihe von antigambettistischen Journale zu verhindern. Vor einigen Wochen hatte sich, wie die „Post“ berichtet, ein großes Syndikat gambettistischer Bankiers gebildet, an dessen Spitze Reinach und Weil-Picard, bekannt durch den Anlauf des seiner Zeit in der tunesischen Affäre vielgenannten Dossier Bokhos, standen, um durch den Anlauf von Aktien eine Reihe von antigambettistischen Journale zu verhindern. Vor einigen Wochen hatte sich, wie die „Post“ berichtet, ein großes Syndikat gambettistischer Bankiers gebildet, an dessen Spitze Reinach und Weil-Picard, bekannt durch den Anlauf des seiner Zeit in der tunesischen Affäre vielgenannten Dossier Bokhos, standen, um durch den Anlauf von Aktien eine Reihe von antigambettistischen Journale zu verhindern. Vor einigen Wochen hatte sich, wie die „Post“ berichtet, ein großes Syndikat gambettistischer Bankiers gebildet, an dessen Spitze Reinach und Weil-Picard, bekannt durch den Anlauf des seiner Zeit in der tunesischen Affäre vielgenannten Dossier Bokhos, standen, um durch den Anlauf von Aktien eine Reihe von antigambettistischen Journale zu verhindern. Vor einigen Wochen hatte sich, wie die „Post“ berichtet, ein großes Syndikat gambettistischer Bankiers gebildet, an dessen Spitze Reinach und Weil-Picard, bekannt durch den Anlauf des seiner Zeit in der tunesischen Affäre vielgenannten Dossier Bokhos, standen, um durch den Anlauf von Aktien eine Reihe von antigambettistischen Journale zu verhindern. Vor einigen Wochen hatte sich, wie die „Post“ berichtet, ein großes Syndikat gambettistischer Bankiers gebildet, an dessen Spitze Reinach und Weil-Picard, bekannt durch den Anlauf des seiner Zeit in der tunesischen Affäre vielgenannten Dossier Bokhos, standen, um durch den Anlauf von Aktien eine Reihe von antigambettistischen Journale zu verhindern. Vor einigen Wochen hatte sich, wie die „Post“ berichtet, ein großes Syndikat gambettistischer Bankiers gebildet, an dessen Spitze Reinach und Weil-Picard, bekannt durch den Anlauf des seiner Zeit in der tunesischen Affäre vielgenannten Dossier Bokhos, standen, um durch den Anlauf von Aktien eine Reihe von antigambettistischen Journale zu verhindern. Vor einigen Wochen hatte sich, wie die „Post“ berichtet, ein großes Syndikat gambettistischer Bankiers gebildet, an dessen Spitze Reinach und Weil-Picard, bekannt durch den Anlauf des seiner Zeit in der tunesischen Affäre vielgenannten Dossier Bokhos, standen, um durch den Anlauf von Aktien eine Reihe von antigambettistischen Journale zu verhindern. Vor einigen Wochen hatte sich, wie die „Post“ berichtet, ein großes Syndikat gambettistischer Bankiers gebildet, an dessen Spitze Reinach und Weil-Picard, bekannt durch den Anlauf des seiner Zeit in der tunesischen Affäre vielgenannten Dossier Bokhos, standen, um durch den Anlauf von Aktien eine Reihe von antigambettistischen Journale zu verhindern. Vor einigen Wochen hatte sich, wie die „Post“ berichtet, ein großes Syndikat gambettistischer Bankiers gebildet, an dessen Spitze Reinach und Weil-Picard, bekannt durch den Anlauf des seiner Zeit in der tunesischen Affäre vielgenannten Dossier Bokhos, standen, um durch den Anlauf von Aktien eine Reihe von antigambettistischen Journale zu verhindern. Vor einigen Wochen hatte sich, wie die „Post“ berichtet, ein großes Syndikat gambettistischer Bankiers gebildet, an dessen Spitze Reinach und Weil-Picard, bekannt durch den Anlauf des seiner Zeit in der tunesischen Affäre vielgenannten Dossier Bokhos, standen, um durch den Anlauf von Aktien eine Reihe von antigambettistischen Journale zu verhindern. Vor einigen Wochen hatte sich, wie die „Post“ berichtet, ein großes Syndikat gambettistischer Bankiers gebildet, an dessen Spitze Reinach und Weil-Picard, bekannt durch den Anlauf des seiner Zeit in der tunesischen Affäre vielgenannten Dossier Bokhos, standen, um durch den Anlauf von Aktien eine Reihe von antigambettistischen Journale zu verhindern. Vor einigen Wochen hatte sich, wie die „Post“ berichtet, ein großes Syndikat gambettistischer Bankiers gebildet, an dessen Spitze Reinach und Weil-Picard, bekannt durch den Anlauf des seiner Zeit in der tunesischen Affäre vielgenannten Dossier Bokhos, standen, um durch den Anlauf von Aktien eine Reihe von antigambettistischen Journale zu verhindern. Vor einigen Wochen hatte sich, wie die „Post“ berichtet, ein großes Syndikat gambettistischer Bankiers gebildet, an dessen Spitze Reinach und Weil-Picard, bekannt durch den Anlauf des seiner Zeit in der tunesischen Affäre vielgenannten Dossier Bokhos, standen, um durch den Anlauf von Aktien eine Reihe von antigambettistischen Journale zu verhindern. Vor einigen Wochen hatte sich, wie die „Post“ berichtet, ein großes Syndikat gambettistischer Bankiers gebildet, an dessen Spitze Reinach und Weil-Picard, bekannt durch den Anlauf des seiner Zeit in der tunesischen Affäre vielgenannten Dossier Bokhos, standen, um durch den Anlauf von Aktien eine Reihe von antigambettistischen Journale zu verhindern. Vor einigen Wochen hatte sich, wie die „Post“ berichtet, ein großes Syndikat gambettistischer Bankiers gebildet, an dessen Spitze Reinach und Weil-Picard, bekannt durch den Anlauf des seiner Zeit in der tunesischen Affäre vielgenannten Dossier Bokhos, standen, um durch den Anlauf von Aktien eine Reihe von antigambettistischen Journale zu verhindern. Vor einigen Wochen hatte sich, wie die „Post“ berichtet, ein großes Syndikat gambettistischer Bankiers gebildet, an

von verschiedenen Seiten unterminirt wird und man daher alle Tage darauf gesetzt sein muß, daß der einst so gefürchtete und mächtige Minister und Diplomat gestürzt werde. Seinen entschiedenen Gegnern hat sich neuerdings auch Geheimrath Katlow, der designirte Erzieher des Großfürsten-Chronfolgers, zugesellt, der in seinem Organ, der „Moskowskija Wjedomost“, die neueste Verordnung des Ministers des Innern gegen die Apotheker mosaischen Glaubens mit vernichtender Schärfe verurtheilt. Es ist bekannt, daß der Zar gegen den „Vater der Lüge“ eine persönliche Abneigung empfindet und nur „der Roth gehorchen“ dem Grafen Ignatjew die Leitung des Reichs anvertraut hat. Sollte jetzt also die Partei Orlow die Oberhand gewinnen und der Graf gestürzt werden, so liegt die Vermuthung nahe, daß der Letztere sobald nicht wieder in einer offiziellen Stellung Verwendung findet. Er wird wahrscheinlich wie sein Vorgänger Boris Melikow „fern von Madrid“ über den Wechsel der Dinge nachzudenken haben. Wäre er aktiver General, so würde sich für ihn vielleicht ein Posten in Zentralasien finden lassen, wo seine Gesinnungsgenossen Scherjajew und Skobelew in Zukunft ihre Lorberen pfücken müssen. Indes noch ist die amtliche Mittheilung von Ignatjew's Entlassung nicht erfolgt und so lange diese auf sich warten läßt, so lange ist auch die Möglichkeit vorhanden, daß es dem vielgewandten Minister abermals gelingt, seine Feinde zu überlisten und sich im Rathe der Krone zu behaupten.

Bei der serbischen Regierung hat das petroburger Kabinett vertraulich angefragt, aus welchen Gründen die Mitglieder der königlichen Familie und des Ministeriums von der zur Erinnerung an Kaiser Alexander II. in der Belgrader Metropolitankirche abgehaltenen Todtenfeier ferngeblieben wären. Die Antwort lautete dahin, daß mit der Veranstaltung dieser Feier offenbar eine feindselige Demonstration gegen den König und die Regierung bezweckt gewesen sei, indem weder der Hof noch die Mitglieder des Kabinetts zu derselben Einladungen erhalten und die Belehrung der Messe durch den ehemaligen Metropoliten Michael erfolgte. In Belgrad hegt man in Folge dessen entschiedene Zweifel, daß Persiani, welcher sich zur Aufhellung des Falles und zur Rechtfertigung seines Verhaltens bei demselben demnächst nach Petersburg begibt, noch auf den Belgrader Posten zurückkehren wird. Herr von Persiani ist ein Pan Slavist und macht sich als eifriger Anhänger des Grafen Ignatjew bemerkbar. Es ist daher begreiflich, wenn man in der Abberufung des Herrn von Persiani wiederum ein friedliches Zeichen erblickt, welches man dem Einfluß des neuen Ministers des Auswärtigen, Herrn Giers, zuschreibt. Jedenfalls ist es bezeichnend für die Situation, daß Graf Ignatjew sich veranlaßt, einen seiner Günslinge fallen zu lassen.

## Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 16. April. [Die Nationalliberalen und das Tabaksmopol. Der Zolltarif von 1879.] Die Tragweite der von der „Nat.-Lib. Korresp.“ gemachten Bemerkung, ihre Fraktion werde im Reichstag sich nicht auf die bloße Ablehnung des Tabaksmopolis zu beschränken, sondern positive Gegenorschläge zur Lösung der Finanzfrage zu machen haben, ist noch nicht aufgelistet; namentlich steht dahin, ob auf diese Weise eine von den Führern der Partei beabsichtigte Aktion angekündigt werden sollte, oder ob man es nur mit einer zu nichts verpflichtenden Neuherierung der keineswegs in jedem ihrer Artikel von den Parteiführern inspirirten Korrespondenz zu thun hat. In unformulirter Art hat es übrigens an einem, nicht blos national-liberalen, sondern liberalen Gegenprogramm auch bisher nicht gefehlt; bei den früheren Reichstags-Verhandlungen über Steuer-Vorlagen der Regierung ist der Forderung der Erhöhung der Biersteuer die der Steigerung der Branntweinbesteuerung entgegengestellt worden, und auch aus der Mitte der Nationalliberalen ist — nämlich von Herrn von Benda — die Befestigung der Zölle auf nothwendige Lebensmittel als Vorbedingung der Bewilligung neuer Steuern bezeichnet worden. Wenn die Fraktions-Korrespondenz der „liberalen Vereinigung“ heute den letzteren Punkt in dem Sinne betont, daß manche National-Liberale durch ihre Abstimmung für den Tarif von 1879 verhindert seien, die Befestigung der Zölle auf nothwendige Lebensmittel jetzt zu fordern, und daß hierin ein Hinderniß der Aufstellung eines gemeinsamen liberalen Steuer- und Finanz-Programms liege, so scheint dies doch keineswegs ausgemacht. Für die jetzt bestehenden Zölle, z. B. für den Getreidezoll in der jetzigen Höhe, hat auch kein National-Liberaler gestimmt, denn diese Partei votierte bekanntlich bei der Schlusstimme über den Zolltarif gegen denselben in Folge des Kompromisses mit dem Zentrum über die Frankenstein'sche Klausel. Wie die nicht sehr zahlreichen, noch im Reichstag sitzenden National-Liberalen, welche vorher in den Spezialabstimmungen für einzelne der Zölle auf nothwendige Lebensmittel gestimmt hatten, sich jetzt bei dem Versuch der Aufstellung eines liberalen Steuer-Programms mit jenem Votum abfinden wollten, das wäre ihre Sache; nach der erwähnten vorjährigen Erklärung des Herrn von Benda darf man wohl annehmen, daß hierin kein unlösbares Hinderniß liegen würde: haben die betreffenden National-Liberalen doch für solche Zölle nur aus Erwägungen gestimmt, welche in der damaligen politischen Gezimmertlage wurzelten, nicht um dieser Zölle willen. Aber es bleibt abzuwarten, wie weit die national-liberale Fraktion sich beeifert zeigen wird, auf solcher Grundlage die Formulirung eines gemeinsamen liberalen Finanzprogramms zu fördern; es ist unleugbar, daß der bezügliche Artikel ihrer Fraktions-Korrespondenz den Eindruck macht, als sei es weniger hierauf, als vielmehr auf eine Stellungnahme abgesehen, welche die national-liberale Fraktion von den übrigen Liberalen unter-

scheiden soll. Aber wenn dieser Eindruck der richtige ist, so bleibe, wie gesagt, immer erst festzustellen, wessen Meinung damit ausgesprochen worden. — Der von uns bereits angedeutete Gedanke, da die Regierung mit ihren Anträgen auf neue Zoll erhöhungen sich von dem Grundsatz der „ehrlichen Probe“ losgesagt hat, nun auch liberalerseits mit einem Angriff auf den Zolltarif von 1879 vorzugehen, findet auch unabhängig von der soeben berührten Frage eines liberalen Steuerreform-Programms vielfach Anklang, und man hat bereits mit durchaus glücklicher Auswahl die Position des Tarifs bezeichnet, gegen welche der Angriff zu richten wäre: Schmalz; es ist unbefreitbar, daß der auf dieses Nahrungsmittel gelegte Zoll die große Masse der unbemittelten Bevölkerung höchst ungerecht belastet und unmittelbar empfindlicher wirkt, als sogar der Getreidezoll. Wenn die Ansicht laut geworden ist, auch im jetzigen Reichstag sei noch eine, wenngleich kleine schulzöllnerische Majorität vorhanden, so ist das keineswegs ausgemacht; daß die Parteien, welche den Tarif von 1879 votierten, die beiden konservativen Fraktionen und die Klerikalen, die Majorität nicht mehr haben, ist bekannt; wenn ihnen gegenüber die Liberalen geschlossen stimmen, liegt die Entscheidung bei den kleinen Gruppen, welche nicht prinzipiell schulzöllnerisch, jedenfalls wenig geneigt sind, Zölle auf Lebensmittel zu beschließen. Und daß unter denjenigen Nationalliberalen, welche 1879 für manche Tarif-Positionen stimmten, jetzt das Gelüst nach einer ähnlichen Stellungnahme bestehen sollte, ist nicht anzunehmen.

Offiziell wird geschrieben: „Seit Jahren sind zahlreiche Anträge aus den verschiedensten gewerblichen Kreisen und aus allen Theilen des Reiches an den Reichskanzler gelangt, welche mit steigender Dringlichkeit eine Reform der über den Gewerbebetrieb im Umherziehen geltenden Vorschriften fordern. In der That haben die Erfahrungen, welche mit den Bestimmungen des Titels III. der Gewerbeordnung seit längeren Jahren gemacht worden sind, das Bedürfnis ergeben, in einigen wesentlichen Punkten eine Abänderung derselben herbeizuführen. Von den in dieser Beziehung laut gewordenen Wünschen geben diejenigen am weitesten, welche sich in der Richtung bewegen, daß der Gewerbebetrieb im Umherziehen nicht ferner mit dem stehenden Gewerbebetrieb gleichberechtigt sein soll, oder daß zum Schutz des letzteren gegen die Konkurrenz der Haustier ein Ausschluß verschiedener Waarenklassen von dem Gewerbebetrieb im Umherziehen erfolgt. Die Nothwendigkeit einer so radikal umgestaltung des bestehenden Rechtszustandes ist indessen nicht dargethan. Wohl aber er scheint eine Änderung bezw. Ergänzung der Gewerbeordnung in der Richtung geboten, daß den Gefahren, welche der Gewerbebetrieb im Umherziehen auf dem Gebiete der öffentlichen Sicherheit, Gesundheitspflege, Sittlichkeit und Ordnung seiner Natur nach mit sich bringt, wirkamer als bisher begegnet werden kann. In diesem Sinne ist der Entwurf eines Gesetzes, betreffend Abänderung der Gewerbeordnung, aufgestellt worden, welcher jetzt dem Bundesrat vorgelegt worden ist. Derselbe zerfällt in 10 Artikel. Artikel 1 steht an die Stelle des ersten Absatzes des § 6 der Gewerbeordnung folgende Bestimmung: „Das gegenwärtige Gesetz findet keine Anwendung auf die Färberei, die Errichtung und Verlegung von Apotheken, die Erziehung von Kindern gegen Entgelt, das Unterrichtswesen, die Advokatur und Notariatspraxis, den Gewerbebetrieb der Auswanderungsunternehmer und Auswanderungssagenten, der Versicherungsunternehmer und der Eisenbahnumunternehmungen, die Befugnis zum Halten öffentlicher Fähren und die Rechtsverhältnisse der Schiffsmannschaften auf den Seeschiffen. — Auf das Bergwesen, die Ausübung der Heilkunde, den Verkauf von Arzneimitteln, den Vertrieb von Lotterieloosen und die Viehzucht findet das gegenwärtige Gesetz nur insoweit Anwendung, als dasselbe ausdrückliche Bestimmungen darüber enthält. Artikel 2 fordert, daß hinter § 33 der G.-O. eingeschaltet wird ein § 33a, monach derjenige, welcher gewerbsmäßige Musteraufführungen, Schausstellungen, theatralische Vorstellungen oder sonstige Lustbarkeiten, bei denen ein höheres Interesse der Kunst oder Wissenschaft nicht obwaltet, in seinen Räumen öffentlich veranstaltet oder veranstalten läßt, der Erlaubnis bedarf. Artikel 3 betrifft die gewerbsmäßige Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten, den Tödchthandel, die Geschäfte eines Gefindevermiethers und Auktionsators, die Ertheilung von Tanz-, Turn- und Schwimmunterricht, welche unter Voraussetzungen zu untersagen sind. Artikel 4 handelt von dem Gewerbebetrieb im Umherziehen. An die Stelle des § 42 der G.-O. treten folgende Bestimmungen: Wer zum selbständigen Betriebe eines stehenden Gewerbes befugt ist, darf dasselbe innerhalb und außerhalb des Gemeindebezirks seiner gewerblichen Niederlassung ausüben. Eine gewerbliche Niederlassung gilt nicht als vorhanden, wenn der Gewerbetreibende im Innlande ein zu dauerndem Gebrauche eingerichtet, beständig oder doch in regelmäßiger Wiederkehr von ihm benutztes Geschäftslokal nicht besitzt. Gegenstände, welche von dem Anfauen und Zeilbieten im Umherziehen ausgeschlossen sind, dürfen auch auf öffentlichen Wegen u. s. w. nicht teilgeboten werden. Durch die höhere Verwaltungsbehörde kann für einzelne Gemeinden bestimmt werden, daß die in dem Gemeindebezirk einen Wohnsitz oder eine gewerbliche Niederlassung besitzenden Personen, welche innerhalb des Gemeindebezirks auf öffentlichen Wegen u. s. w. oder ohne vorgängige Befestigung von Haus zu Haus Waaren, welche nicht zu den Gegenständen des Wochenmarktes verkehren, gebieten u. s. w., der Erlaubnis bedürfen. Art. 5. An die Stelle des zweiten Absatzes des § 43 der G.-O. treten folgende Bestimmungen: Auf die Ertheilung, Verlagerung und Zurücknahme der Erlaubnis finden die Vorschriften der §§ 57, 57a, 58 und 63 Abs. 1 entsprechende Anwendung. Art. 6. An die Stelle des § 44 treten folgende Bestimmungen: Wer ein stehendes Gewerbe betreibt, ist befugt, auch außerhalb des Gemeindebezirks seiner gewerblichen Niederlassung persönlich oder durch Reisende Waaren aufzukaufen und Bestellungen auf Waaren zu suchen. Die aufgekauften Waaren dürfen nur bezüglich deren Beförderung nach dem Bestimmungsorte und von den Waaren, auf welche Bestellungen gesucht werden, dürfen nur Proben oder Muster mitgeführt werden. Das Aufkaufen von Waaren bei Personen, welche die Waaren nicht producieren oder mit denselben nicht Handel treiben, so wie das Aufsuchen von Bestellungen auf Waaren bei Personen, in deren Gewerbebetrieb Waaren der angebotenen Art keine Verwendung finden, unterliegt, sobald dasselbe außerhalb des Gemeindebezirks der gewerblichen Niederlassung geschieht, den Vorschriften des dritten Titels, soweit nicht der Bundesrat hinsichtlich des Aufsuchens von Waarenbestellungen Ausnahmen für den Umsang des Reiches oder Theile desselben bestimmt. Weiter werden Bestimmungen wegen Führung einer Legitimationskarte getroffen. Artikel 7. An Stelle der §§ 55–63 treten andere Bestimmungen, welche für den Gewerbebetrieb im Umherziehen außerhalb des Wohnorts das Erforderniß eines Wandergewerbeschernes feststellen. Ausgeschlossen sind geistige Getränke, so weit nicht das Zeilbieten derselben von der zuständigen Behörde im Falle besonderen Bedürfnisses vorübergehend gestattet ist, gebrauchte Kleider, gebrauchte Wäsche u. s. w., Gold- und Silberwaren, Spielfiguren, Staats- und sonstige Wertpapiere, explosive Stoffe, mineralische Öle, Spiritus, Stoffe, Hieb- und Schußwaffen, giftige Waaren, Druckschriften und Bildwerke, mit Ausnahmen von Bibeln, Bibelheiligen, Schriften und Bildwerke patriotischen, religiösen oder erbaulichen Inhalts, Schulbüchern, Landkarten und landesüblichen Kalendern. Ausgeschlossen vom Gewerbebetrieb im Umherziehen sind ferner die Ausübung der Heilkunde, in so weit der Ausübende für dieselbe nicht approbiert ist; das Aufsuchen und die Vermittlung von Darlehn- und Rückaufgeschäften ohne vorgängige Befestigung; das Aufsuchen von Bestellungen

auf Branntwein oder Spiritus; Schausstellungen, welche gegen die guten Sitten verstößen. Ausländern kann der Gewerbebetrieb im Umherziehen gestattet werden. Der Bundesrat ist befugt, die deshalb nötigen Bestimmungen zu treffen. Es folgt dann eine Aufzählung der Fälle, in welchen der Wandergewerbeschrieb zu versagen ist, und der Fälle, in welchen es eines solchen Scheines nicht bedarf. Art. 8. An Stelle des § 143 treten folgende Bestimmungen: die Berechtigung zum Gewerbebetrieb kann abgesehen von den in den Reichsgesetzen vorgefehenen Fällen ihrer Entziehung, weder durch richterliche noch durch administrative Entscheidung entzogen werden. Ausnahmen von diesem Grundsatz, welche durch die Steuergesetze begründet sind, bleiben so lange aufrecht erhalten, als diese Steuergesetze in Kraft bleiben. Die Bestimmungen der Landesgesetze, nach welchen die Befugnis zur Herausgabe von Druckschriften und zum Betriebe derselben innerhalb des Reichsgebietes im Verwaltungswege entzogen werden darf, werden hierdurch aufgehoben. Art. 9. Die Artikel 1–8 treten am 1. Januar 1883 in Kraft. Der Art. 10 betrifft die Ermächtigung des Reichskanzlers zur Publizierung der Texte der Gewerbeordnung in der Fassung, welche er durch die gegenwärtigen und früheren Änderungen erhalten.

## Vocales und Provinzielles.

Posen, 17. April.

— Einführung. Der zum Ober-Regierungsrath und Dirigenten der Abtheilung für Kirchen- und Schulwesen ernannte Konsistorialrat Grisebach aus Hannover ist am Sonnabend in sein neues Amt eingeführt worden.

r. Der „grüne“ Lesezirkel hielt Freitag Nachmittags in dem Konferenzzimmer der Mittelschule seine diesjährige Generalversammlung ab. Nachdem Rektor Gercke den Kassenbericht erstattet hatte und dem Vorstande Decharge erheitert worden war, wurde zur Vorstandswahl geschritten; zum Vorstand wurde Landgerichtsrat Brown, zum Geschäftsführer Rektor Gercke, zum Beisitzer Appellationsgerichtsrat a. D. v. Croesus wiedergewählt.

r. Die Petition in Angelegenheit der hiesigen städtischen Schulen, welche von der neulichen polnischen Volksversammlung (am 11. d. M.) angenommen wurde, und für welche nun mehr Unterschriften seitens der „katholischen Familienväter“ in unserer Stadt gesammelt werden sollen, findet durchaus nicht bei der gesammelten polnischen Presse Zustimmung. Der „Gonic Biel“ insbesondere erklärt, er könne dem Inhalte der Petition nicht beitreten und die Unterzeichnung derselben nicht empfehlen. Der Grund ist allerdings der, daß ihm die Petition nicht weit genug geht; er verlangt, daß man nicht auf die Schulreformen vom Jahre 1867 zurückgehe, und um eine Rückkehr zu den Einrichtungen von damals petitionire, sondern daß man Schulen, wie sie vor dem Jahre 1867 existierten, und wie sie den Polen auf Grund der Wiener Traktate zustehen, verlange. Wie man sieht, also auch hierin das fortwährende Herumreiten auf den Wiener Traktaten! Ganz mit Recht erachtet der „Gonic“ eine Petition an den Herrn Oberpräsidenten für unangemessen, da Niemand von dem Minister an eine niedere Instanz appelliere. Befremdlich war ja die Petition, welche die hiesigen „katholischen Familienväter“ in Schulangelegenheiten an den Herrn Kultusminister gerichtet hatten, abhängiglich beschieden worden; dann wurde an das Abgeordnetenhaus eine Beschwerde über den Herrn Kultusminister gerichtet, und jetzt soll nun in derselben Angelegenheit wieder eine Petition an den Herrn Oberpräsidenten abgesandt werden. Man sieht allerdings nicht ein, welchen praktischen Zweck eine solche Petition und die ganze Volksversammlung vom 11. d. M. gehabt hat, und mit Recht muß man annehmen, daß es den Fälschern überhaupt nur darauf ansaß, zu agitieren und die mittleren und niederen polnischen Volksklassen andauernd aufzuhören. Es wird demnach durch diese Volksversammlung der Vorwurf, welchen Herr v. Gohsler im Abgeordnetenhaus den Polen wegen ihrer agitatorischen Thätigkeit und ihrer staatsfeindlichen Haltung gemacht hat, vollkommen bestätigt!

th. Stadttheater. Am Sonnabend eröffnete die königl. bayerische Hofschauspielerin Frau Magdalena Drischik ein Gastspiel als Medea in Grillparzer's gleichnamiger Tragödie. Wir werden darauf noch ausführlicher zurückkommen und wollen hier nur mittheilen, daß die Künstlerin mit ihrer Leistung sich eines Erfolges beim Publikum zu erfreuen hatte. Heute Abend tritt Frau Drischik, wie wir glauben zum letzten Male, als Geyer-Wally auf, eine Rolle, die nicht nur den voraufgegangenen Eindrücken nach zu urtheilen einen bedeutenden Beleg der hohen Talente der Künstlerin abgeben dürfte, sondern die auch bei dem vollkommenen Beberschen des Dialettes in voller Ursprünglichkeit auf die Zuhörer wirken dürfte.

— Die Schwestern Erl. Wanda und Hedwig v. Bulewska, welche in dem vor drei Wochen im Bazaarale gegebenen Konzert großen Beifall von unserem musikliebenden Publikum ernteten, hatten den Posenern ein zweites Konzert in Aussicht gestellt. Wie wir nun erfahren, werden die beiden Damen, welche sich gegenwärtig bei Verwandten auf einem Gute in der Provinz befinden, in Polen nicht mehr auftreten, dagegen werden sie auf ihrer Reise nach Russisch-Polen am 22. d. M. in Thorn konzertiren. Die gen. Damen haben an verschiedenen Höfen Europas konzertiert, zuletzt am sächsischen Hofe zu Berlin, wo sie von S. J. Majestät dem Kaiser und der Kaiserin besonders empfangen wurden und Anerkennung erhalten haben.

r. Der Zweigverein selbständiger Barbiere und Heilgehilfen hielt am 13. o. M. in Boltmann's Restaurant unter zahlreicher Betheiligung seine ordentliche Generalversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende, Herr Preß, des verstorbenen Kollegen Geßner, langjährigen Obermeisters der alten Innung, und stellvertretenden Vorsitzenden des Vereins. Demnächst wurde ein Lehrling nach abgeleiter Prüfung freigesprochen und ein Lehrling eingeschrieben. Der Provinzialtag findet in diesem Jahre am 12. Juni in Tauber's Lokal (auf dem alten Bahnhof) statt. Nach Verleihung des Jahresberichts wurden zwei Kassenrevisoren gewählt und zwei hiesige Kollegen in den Verein aufgenommen, worauf Herr Baroffi, Vorsteher des Nachweibureau für Stellen suchende Geblüff und Geblüff, sowie der Vorstandsposten statt; zum Vorstand wurde Herr Preß, zum Kassenführer Herr Niehr, zum Vorsteher des Nachweibureau Herr Baroffi, zum Schriftführer Herr Striepling wiedergewählt.

r. Bei dem Militär-Erfolgsgeschäfte am Sonnabend benahm sich einer der Militärpflichtigen, welcher angetrunken war, so ungebührlich und fing fortwährend Händel an, daß er gebunden zur Wache am Eichwaldthore gebracht werden mußte, von wo er weiter zum Polizeigewahrsam transportiert wurde.

r. Trichinen. Bei einem Fleischer auf der Wallischei ist am 15. d. Mts. ein trichinoses Schwein vorgefunden und die Vernichtung des Fleisches polizeilich angeordnet worden.

## Telegraphische Nachrichten.

Leipzig, 15. April. Das Reichsgericht hat die Revision gegen das Erkenntnis des Landgerichts in Altona, welches den Redakteur der „Freisinnigen Korrespondenz“, Gilles, in Berlin wegen achtfacher Beleidigung des Reichskanzlers zu sechsmonatlicher Gefängnisstrafe verurtheilt, verworfen.

München, 15. April. Die Kammer der Abgeordneten genehmigte den Militär-Etat pro 1882/83 einstimmig. Im Laufe der Debatte befürwortete Berg die Schaffung der Stelle eines Kavallerie-Inspecteurs. Den Verhandlungen wohnte in der



